Nr. 52a
XXXI. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Parlaments-Ausgabe

Berlin
30. Januar 1902

Für die

Monate Februar und März

werden Abonnements zum Preise von **3 Mk. 84 Pfg.** bei **allen Postanstalten** des Deutschen Reiches entgegengenommen auf das **Berliner Tageblatt** und **Handels-Zeitung** mit Effekten-Verloosungsliste und seinen

6 werthvollen kostenfrei gelieferten Wochenschriften:

Zeitgeist, wissenschaftliche und feuilletonistische Zeitschrift,

Technische Rundschau, illustr. polytechnische Fachzeitschrift,

Der Weltspiegel, illustrirte Zeitschrift (wöchentlich 2mal),

ULK, farbig illustrirtes, satirisch-politisches Witzblatt,

Haus Hof Garten, illustrirte Wochenschrift für Garten- u. Hauswirthschaft.

Das Romanfeuilleton bringt pannende interessante

Novellen und Romane erster Autoren

In **Berlin** abonnirt man zum Preise von **2 Mark** pro Monat bei täglich zweimaliger Zustellung in der Expedition, Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr., I. Etage, Potsdamerstr. 33, Eingang Lützowstr., Königstr. 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestr. 16, Große Frankfurterstr. 33.

Fernsprech-Anschluß an sämmtliche Bureaux.

Gegenwärtig ca. 73000 Abonnenten!

Haus der Abgeordneten.

15. Sitzung vom 29. Januar, 11 Uhr.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

Abg. **Goldschmidt** (fr. Vp., fortfahrend):

Im Herrenhause brachte man neulich Wünsche vor, für die Zurückbeförderung von Familien aus dem Westen nach den östlichen ackerbautreibenden Provinzen ermäßigte Fahrpreise zu gewähren. Wir danken dem Minister, daß er diese Anregungen der Fahrpreisverbilligung unterstützt und aus seinem Dispositionsfonds Mittel dafür bereit stellen will. Interessant aber war jene Erörterung dadurch, daß doch einige Herren davor warnten, die Arbeiter zurückzuholen; sie seien für die Landwirthschaft doch verloren u. s. w. Man brauche heute keine Arbeiter mehr. Ich danke dem Grafen Posadowsky für die Zusage, daß die Freizügigkeit nicht angetastet werden soll. (Zustimmung links.) Die Erhöhung der Getreidezölle dürfte die Landflucht erheblich vermehren — es führt der wahrhaftig nicht freisinnige „Grenzbote" aus. Schon jetzt stellen die Grundbuchrichter fest, daß die noch nicht einmal verabschiedete Zollvorlage preissteigernd auf die Güter wirkt. (Widerspruch rechts.) Man wird stets ein Niedergang der Landwirthschaft behauptet. Wie sehr sich damit in Einklang bringen, daß seit 1892 die Einkommen auf dem Lande nach Ausweisder Einkommensteuerlisten um 37 Prozent gestiegen, und daß die Vermögenssteuer von 1895 bis 1898 einen ähnlichen Zuwachs aufweist? Die Schweineeinfuhr wird unterbunden. Die Verseuchung gelegt das Vorjahr bezieht sich lediglich auf noch nicht einheimische Schweine. Das Königreich Sachsen wollte die Grenzen für Schweine öffnen. Warum verhindert Preußen diese Verbesserung der Ernährung? (Beifall.)

Minister **v. Podbielski:**

Die Beschwerde des Abg. v. Pleß wegen Verunreinigung der Abflußröhre bei Mülheim a. d. Ruhr ist durch Erlaß der betheiligten Minister längst beseitigt. Ich will auch das Anerbenrecht keiner Landschaft aufdrängen, die es nicht wünscht. Ich selbst bin ein Anhänger der Bestrebungen, die Familien mehr mit dem Grundbesitz zu verknüpfen und zu verketten. Die Statistik, die der Abg. Goldschmidt anführte, beweist, zu welchen Trugschlüssen gerade die Statistik verführt. Daß es mehr Schweine unter einem Jahre giebt als früher, beweist nur, daß die Bevölkerung gelernt hat, daß ein junges Schwein besser schmeckt als ein altes (Heiterkeit), gerade wie ein Kalb, eine junge Kuh besser als ein alter Bulle schmeckt. (Heiterkeit.) Die Leutenoth der Landwirthschaft ist dauernd nicht gehoben. Die Industrie — und ich wünsche ihr das — wird nur vorübergehend darniederliegen, und dann wird die Nachfrage nach Arbeitern wieder stark steigen. Der Fabrikarbeiter ist übrigens meist nicht mehr geeignet und geneigt, die Unbilden der Witterung so auf sich zu nehmen, wie es der landwirthschaftliche Betrieb verlangt. Die Leute werden auch nicht mehr auf das Land zurückkehren. Wir wünschen keine Beschränkung der Freizügigkeit. Ich wünsche nur eine größere Seßhaftigkeit und wünsche das dadurch zu erreichen, daß wir dem Landarbeiter die Möglichkeit des eigenen Hauses schaffen. Das Haus kann er nicht unter den Arm nehmen und in die Stadt ziehen. Die Frage des Arbeitslohnes liegt anders. Im Westen mag ja der Baarlohn vorherrschen, im Osten aber das Deputat, der Naturallohn. Die Arbeiter werden nun den vierten Haufen erschien um den 20. Centner u. s. w. (Abg. **Goldschmidt,** fr. Vp.: Es wird ja mit der Maschine gedroschen! Lachen rechts.) Ich habe auch seit 20 Jahren eine Maschine, gleichwohl dreschen die Arbeiter bei mir um den zwanzigsten Centner. Wir wollen der Landflucht entgegentreten. Den Artikel des „Grenzboten" hat sicher kein verständiger Landwirth, sondern ein Städter geschrieben. Ich wurde für die Zollvorlage nicht eintreten, wenn sie den Grund und Boden vertheuerte. (Beifall.) Es handelt sich um die Stärkung des landwirthschaftlichen Gewerbes. Die Landwirthe arbeiten heute vielfach mit Unterbilanz. Wir müssen einen Damm aufrichten, hinter dem die Landwirthschaft wieder gesunden kann. Die Statistik beweist für das Blühen der Landwirthschaft nichts. Fragen Sie einmal herum, ob wirklich die Landwirthschaft heute besser prosperirt als früher! (Beifall rechts.) Es geht mit ihr nicht langsam vorwärts, sondern in den letzten Jahren sogar sehr schnell rückwärts. Früher konnte der Landwirth seine Schweine 1½ bis 2 Jahre alt werden lassen, heute werden diese mit 8 Monaten zur Schlachthank geführt. Aehnlich ist auch sonst der Umsatz schneller geworden, aber damit ist nicht die gesammte Produktion vermehrt. Die landwirthschaftlichen Nebengewerbe wie die Zuckerfabriken haben einzelne gute Jahre gehabt. Endlich hat ein Freisinniger ja dem Landwirth die reiche Heirath empfohlen. Alle diese Vermögensvermehrungen kommen in der Statistik zum Ausdruck; sie beruhen aber doch nicht auf einem Vorwärtsschreiten des landwirthschaftlichen Betriebes, sondern auf äußeren Umständen. Die Sperrung der Grenzen hatte ich für nöthig, weil wir sonst unseren enormen Besitz an Viehstand nicht gesund erhalten können. Ich wünsche übrigens keine hohen Schweinepreise, sondern Mittelpreise. Die Preise für Rindvieh decken gegenwärtig die Produktionskosten nicht; das will ich dem Abg. Goldschmidt gern an der Hand meiner Bücher nachweisen. Er wird zu der Ueberzeugung kommen, daß man lediglich mit Zahlen nicht alles beweisen kann, und daß die Wirklichkeit anders aussieht, als er sie sich auf Grund seiner Zahlen vorstellt. (Beifall.)

Abg. **v. Heimburg** (cons.)

wendet sich zunächst gegen die Grundsätze, nach welchen von Seiten des Landwirthschaftsministeriums bei den nicht schiffbaren Flüssen wohl für Flußregulirungen, aber nicht für Uferunterhaltungen an die Gemeinden, die im Regierungsbezirk Wiesbaden zur Uferunterhaltung verpflichtet sind, Beihilfen gegeben werden. Diese Beihilfen müssen die betreffenden Gemeinden leistungsfähig erhalten. Neddinghausen an der Eder sei an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt, und doch seien alle Unterstützungsgesuche abgeschlagen worden, weil grundsätzlich für Uferunterhaltung nichts bewilligt werde. Dabei seien unter Aufsicht der landwirthschaftlichen Verwaltung unzweckmäßig erbaute Wehre an der Ueberstauung der Gemeinde schuld. Auch bei schiffbaren Flüssen dürfte es zweckmäßig sein, die Arbeiten zu centralisiren. Redner empfiehlt allgemeine Anstellung von Kreiswiesenmeistern wie in Biedenkopf. Da sehe man, wie kleine Arbeiten bei gewöhnlichen Verhältnissen, die in den Kräften der Gemeinden liegen, die Uebersicherung auf unabsehbare Zeiten gewährleisten. Redner wünscht demgemäß, die staatliche Fürsorge auf größere Uferunterhaltungen auszudehnen, diese Fürsorge auch bei den nicht schiffbaren Flüssen für jeden Flußlauf in einheitliche Hände zu legen, geeignete Uferwärter anzustellen, zunächst aber in Neddinghausen zu helfen. Redner wendet sich dann zur Bekämpfung der Seuchengefahr und schlägt vor, statt hier die Regierungsbezirke maßgebend sein zu lassen, die Maßregeln einheitlich für wirthschaftlich zusammengehörige Gebiete nicht blos in Preußen, sondern auch in der Verbindung mit angrenzenden Bundesstaaten zu treffen. (Bravo rechts.)

Abg. **Ehlers** (fr. Vg.):

Der Vorredner hat den Minister vor uns in einer Weise gewarnt, daß ich dem doch entgegentreten muß. Es sieht so aus, als hätten wir gegen die Person des Ministers irgend welche großen Bedenken, die wir seinem Vorgänger nicht entgegengebracht hätten. Wir wünschen dem Minister, daß er sich die Popularität erhält, die er zur Zeit besitzt, und die sich bis in unsere Reihen erstreckt. Es würde mich aber nicht weiter aufregen, wenn die Versuche der Rechten weiter fortdauern sollten, die Haltung der Linken in eigenthümlichem Lichte erscheinen zu lassen. Ich nehme die Aeußerungen des Herrn v. Podbielski über den Haß gegen das platte Land auch nicht so tragisch wie mein Freund Gothein; ich halte sie für harmlos, denn auch der Herr v. Miquel, ja selbst Graf Caprivi hat gelegentlich zu ähnlichen Ausführungen gegriffen; wenn es galt, sich die Stimmung der Rechten zu sichern, so hat man es versucht durch Betrachtungen über die Schlechtigkeit der Linken des Hauses. Die Sozialdemokraten sind ja am schlimmsten, aber die Freisinnigen sind auch nicht viel besser. (Heiterkeit.) Ich freue mich, daß der jetzige Minister dem Anerbenrecht nur eine provinzielle Bedeutung beimißt und dadurch abweicht von der generellen Empfehlung desselben seitens seines Amtsvorgängers und des Herrn v. Miquel. Mit seinen Aeußerungen über die Zukunft des Schalwaldes stimme ich völlig überein. Wir können aber — und da weiche ich von dem Minister ab — unseren inländischen Markt nicht mechanisch vom ausländischen trennen. Ein größeres Studium der ausländischen Verhältnisse würde befruchtend auf die heimische Landwirthschaft wirken, wenn man auch von einfacher Nachahmung absieht. Ich bitte den Minister, über den Zusammenhang zwischen inländischem Markt und Ausfuhr nähere Betrachtungen anzustellen. Wenn wir den großen Handelsverkehr mit dem Auslande nicht pflegen, werden wir überall zurückkommen, am meisten aber in der Landwirthschaft. Das Studium der Statistik des auswärtigen Handels, wie sie dem Reichstage zugeht, schadet auch den preußischen Ministern nicht. Den Hansaten thut man Unrecht, wenn man ihnen die Schuld daran zuschiebt, daß wir den englischen Buttermarkt verloren haben. Die dänische Butter ist durch deutsche Bauern, die nach Dänemark auswanderten, so verbessert worden. Der Norddeutsche Lloyd bezieht seine Butter aus Hannover und Sachsen. Ich bitte, den Verkehr an den Seeplätzen nicht zu erschweren, ebenso wenig den Verkehr an den Umschlagstellen. Denn das würde das Wirthschaftsleben schlimmer treffen als eine Zollerhöhung um 1 bis 2 Mark. Leider strebt man nach solchen Erschwerungen mit einem Eifer, der im umgekehrten Verhältniß zur Sachkenntniß steht. (Beifall.)

Landwirthschaftsminister **v. Podbielski:**

Ich kann dem Abg. Ehlers versichern: ich werde mich eifrig bemühen, die Handelsverhältnisse zu studiren. Aber bei dieser Angelegenheit möchte ich auf einen Punkt zurückkommen, der der Anlaß gewesen ist zu meinen Ausführungen. Ich gebe zu: die Fragen sind aufgebaut auf der Export- und Importfrage. Zunächst stelle ich auf Grund der Statistik über Butterein fuhr in Deutschland fest, daß im Jahre 1893 für 18 Millionen, 1901 für 26 Millionen Butter eingeführt wurde. Exportirt wurde für etwa fünf Millionen Mark. Kein Land verbraucht so viel Margarine wie Dänemark. Sie verkaufen ihre Butter und essen Margarine. Margarine ist eine Täuschung in Bezug auf die Ernährung. Ich meine, wir sollten doch dazu übergehen, daß unsere Bevölkerung gut verproviantirt werde. Der Export deutscher Butter war bedeutend und ist jetzt sehr zurückgegangen, weil man in England die deutsche Butter nicht mehr für gut erachtete. Ebenso weist auch der englische Markt die russische Butter zurück. Dieselbe kommt nun zu uns, ist aber nicht gut für den Konsum geeignet; sie ist nur dadurch zu genießen, daß man sich durch Zusatz an Salz über den Mangel an Geschmack hinwegtäuscht. Das ist doch nichts Gesundes und Gutes. Ich will erst mit der Butter den heimischen Markt beherrschen und dann dazu übergehen, das beste Material auszuführen. Ich möchte dem Landwirth zu dem Tausch nicht rathen, Butter zu exportiren und den Margarinetopf einzuführen. Es liegt keine Feindschaft gegen den Handel darin. Der Handel muß in enger Beziehung zur Produktion stehen, wie man dies ja ganz besonders in unseren Ländern beobachten kann. Aber auch in unseren Ostseestädten ist es der Fall. Früher wurde hier starker Holzhandel getrieben; jetzt ist das Holz weg, und sie müssen ihre Thätigkeit nach einer anderen Richtung entfalten. Der Handel soll auch die Landwirthschaft anweisen, wie sie ihre Produkte verwerthet. Höchstens konfektioniren kann sie dieselben, nicht deterioriren. Der Norddeutsche Lloyd kann vermöge seiner ausgezeichneten Kühleinrichtungen und Eisräume sich auch die Butter lange gut erhalten. Unsere Bevölkerung soll gute Waare erhalten und nicht zu schlechter verleitet werden, die weitestenfalls eine Täuschung ist. In meiner Heimath redete ich einmal einem Manne zu, er solle Magermilch trinken. Exzellenz, antwortete er mir, ob ich in den Himmel komme, weiß ich nicht, aber ich möchte mir auf Erden mein Leben verbessern und trinke lieber Vollmilch. (Heiterkeit.) Ich will die Ernährung der Bevölkerung verbessern, und deshalb soll sie nicht Margarine oder schlechte Butter aus dem Auslande genießen. (Beifall.)

Abg. **v. Eynern** (natl.):

Ich freue mich, daß der Abg. Ehlers nicht in die Kerbe gehauen hat, die hier von der freisinnigen Seite geschnitten wurde; an der Nothwendigkeit der Getreidezölle scheint auch er nicht zu zweifeln. Ich stelle demgemäß fest, daß über die Nothwendigkeit der Lebensmittelzölle hier keine Meinungsverschiedenheit besteht, sondern der Streit sich nur über die Höhe dreht. Wir werden hoffentlich auch darüber zu einer Einigung kommen. Auch wir sind für die Erhaltung des Grundbesitzes und halten das Anerbenrecht dazu für ein nützliches Mittel. Aber ich bezweifle, ob es den rheinischen Familien angenehm wäre; es führt zweifellos auch zur Verwüstung des Grundbesitzes. Es muß auch die Möglichkeit dazu kommen, den landwirthschaftlichen Besitz betriebsfähig zu erhalten. Der Landwirthschaftsminister führte sehr verständig aus, daß nicht anfrecht zu erhaltene Schälwaldungen in einen anderen Betrieb möglichst bald überführt werden müssen. Dieser Prozeß wird aber durch hohe Zölle auf Gerbstoffe nur verzögert. Die Leute werden dadurch zum Festhalten an ihrem Betriebe bewogen und werden einen aussichtslosen Kampf weiter führen. (Beifall.) Dazu sollte die Reichsgesetzgebung nicht die Hand bieten. (Beifall.)

Abg. **Dasbach** (Ctr.):

Die Landwirthschaft will gern alle technischen Fortschritte sich zu eigen machen. Aber für so aussichtslos können wir den Betrieb der Schälwaldungen nicht halten, daß wir nun schon die Flinte ins Korn werfen wollen. So sicher sind die chemischen Fortschritte noch nicht. Das Kilogramm brauchbaren Gerbstoffes sollte mit einem Zoll von 50 Pfennig belegt werden.

Abg. Dr **Eckels** (natl.)

bleibt auf der Tribüne unverständlich, da er immer zur Ministerbank gewendet, mit dem Rücken gegen die Rednertribüne spricht und auch durch die Zurufe „Geradeaus!" aus dem Hause seine Kopfstellung nicht ändert.)

Landwirthschaftsminister **v. Podbielski:**

Auf die Anfragen des Vorredners erkläre ich: 1. Nach dem Etatsgesetz (§ 371) dürfen die von Behörden rechtsgiltig abgeschlossenen Verträge nicht zum Nachtheil des Staates aufgehoben oder abgeändert werden; wir sind also nicht in der Lage, plötzlich ein Rechtsverhältniß abzuändern. Erst dann, wenn angenommen werden kann, daß ein Pächter die Domäne nicht halten kann, und der Fiskus Verluste erleidet, kann das Verhältniß gelöst werden. 2. Die Heranziehung der Frauen aus den Bürgschaften ist sehr selten, aber nicht ganz zu entbehren, um Schiebungen vorzubeugen. 3. Nach den neuen Pachtbedingungen von 1900 kann dem alten Pächter das Inventar gegen Taxe abgenommen werden.

Die neuen Pächter können es übernehmen. Nach unseren bisherigen Erfahrungen scheint sich das aber nicht zu bewähren. Eine leichtere Erhältlichkeit der Pacht würde die Leichtfertigkeit, die Pacht zu übernehmen, steigern und die Pachtpreise in die Höhe treiben. Gewiß sind die Pächter, die in den 80er Jahren gepachtet haben, in schwerer Lage. Wir gewähren schon jetzt Pächtern und ihren Frauen und Kindern, die ohne eigene Schuld die Pacht haben aufgeben müssen und in Vermögensverfall gerathen sind, Gnadenpensionen. Neben dem Zollfall werden wir durch Verbesserung der Absatzwege die Landwirthschaft unterstützen. (Beifall.)

Abg. **Engelsmann** (natl.)

Daß die Rheinprovinz in diesem Jahre von der Reblaus verschont geblieben ist, ist ein Zufall. Das einzig wirksame Mittel gegen die Reblaus ist Schwefelkohlenstoff unter Vergrößerung des zu beseitigenden Rayons. Ich wundere mich deshalb, daß man jetzt davon abgehen will. Einer weiteren Verbreitung der Domanialweinberge trete ich entgegen. Ihre Weine sollten sich an den großen Auktionen, wie sie in Kreuznach u. s. w. abgehalten werden, betheiligen; durch dieses Ausschlußrecht würden mehr Käufer angelockt und die Weine der kleinen Leute besser Absatz finden. Ich bitte, auch für die Nahe einen Domanialweinberg einzurichten. (Beifall.)

Abg. Dr. **Lotichius** (natl.):

Ich unterstütze den Vorredner, zumal ich ähnliche Forderungen schon hier aufgestellt habe. Ich freue mich über die Einstellung von Summen für die Obstbaubeförderung. Einen wesentlichen Einfluß hat auf das Aufblühen des Obstbaues das königl. pomologische Institut in Geisenheim gehabt. Ich bitte aber, den Lehrern desselben den Wohnungsgeldzuschuß zu erhöhen. Sonst wird der häufige Wechsel nicht aufhören. Eine Erhöhung der Vorbildung zum thierärztlichen Studium, das Abiturientenzeugniß wird vielfach gewünscht. Ich bitte, wie gestern Dr. Neuvdt, die Kreisthierärzte besser zu stellen. Bei Revision der Konvention mit Holland über den Salmfang bitte ich, die Verlängerung der Schonzeit in Aussicht zu nehmen. Die landwirthschaftlichen Kurse zur Fortbildung sind als wohlthätig empfunden. Das Anerbenrecht wünschen wir in Hessen-Nassau nicht. In der Sorge für die Schälwaldungen bitte ich, nicht nachzulassen. (Beifall.)

Abg. Freiherr **v. Erffa** (cons.):

Die Landwirthschaftskammer der Provinz Sachsen ist zur Ueberzeugung gekommen, daß das Extinktionverfahren, alles mit Feuer und Schwert auszurotten, sich nicht so bewährt hat und seine Kosten nicht im Verhältniß zu seinen Leistungen stehen. Für einen Weinberg von einem Hektar sind zum Beispiel 14,000 Mark aufgewendet worden, um die Sache so zu machen, wie der Vorredner wünscht. Nun ist die Wissenschaft noch nicht einmal darüber im Klaren, ob die Reblaus ein getödtetes oder kriechendes Insekt ist. Kriecht sie, so bleibt sie bei uns, falls sie durch die Versuche mit amerikanischen Reben bei uns, die mit Staatsunterstützungen gemacht werden, eingeschleppt worden sollte, fliegt sie, so könnte sie allerdings auch nach dem Rheinlande hinüberkommen. Das Loch übrigens, das die Reblaus in den Stamm gemacht hat, kann vernarben. Kann man nun auch bei unserem Wein nicht fröhlich sein, so bedürfen doch unsere Weinberge auch der Berücksichtigung, denn sie haben immer noch einen Umfang von ungefähr 600 Hektar.

Abg. **Meyer-Diepholz** (natl.)

bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Abg. **Lüders** (Gronau, freik.):

Die Reichsgesetzgebung sollte zu verhüten suchen, daß die Sacharinfabrikation unser landwirthschaftliches Nebengewerbe, die Zuckererzeugung, so stark mitnimmt und die vielen darin beschäftigten Existenzen gefährdet. Die Behauptung der freisinnigen Zeitung ist unrichtig, daß die Getreidepreise bei uns zu hohen seien. Die Trunksucht ermöglichen dem amerikanischen Getreide, zollfrei in das Herz Deutschlands zu gelangen. Der Zucht von Ziegen, der Kühe des armen Mannes, muß auf die Beine geholfen werden. Unterstützen wir die Landwirthschaft, ihr zu Nutz, dem Gegner zum Trutz! (Beifall.)

Minister **v. Podbielski:**

Die meisten Anfragen der Vorredner habe ich in meinen Vorreden schon behandelt. Beim Titel „Ministergehalt" — Sie werden es mir ja wohl doch bewilligen! (Heiterkeit) — kehren alle schon behandelten Fragen wieder. Die Ziegenzucht werden wir nach Kräften unterstützen. Pachtnachlässe können wir nicht ohne Weiteres bewilligen; der Pächter giebt dem Staate doch auch nicht mehr, wenn er höhere Erträge hat. (Heiterkeit.) Nun die Weinberge. Wir sind am Rhein gewillt, das Extinktiverfahren mit aller Strenge aufrecht zu erhalten. Für Sachsen haben wir es aufgegeben. Dort hat das Verfahren in dem vom Freiherrn Erffa genannten Falle 14,000 Mark gekostet, bei einem Stück Gelände, das nur 300 bis 400 Mark zur Zeit werth war. In Frankreich ist die Reblaus; sie hält die Grenzen nicht inne. So viel ich aus der Presse weiß, ist sie in Lothringen in erheblicher Menge vorhanden. Ich bitte daher die Herren von der Mosel, von der Nahe und dem Rhein, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Winzer daselbst keine Rebstöcke aus Lothringen beziehen. Die geflügelte

Reblaus ist meines Erachtens nach nur ein Stadium der Entwickelung, und es ist die Frage, ob das Stadium ein gefährlicherer Träger der Infektion ist als das andere. Am Rhein hat uns das Extinktivverfahren eine halbe Million gekostet; wir lassen uns also die Erhaltung des wertvollen Besitzes am Rhein etwas kosten. Wir rüsten uns für den Fall, daß wir aus unserer jetzigen Position durch das Unthier herausgeworfen werden. Ein Weinbergsdirektor für die Nahe, wie ihn der Abg. Engelsmann wünscht, soll im nächsten Jahr im Etat erscheinen. Bezüglich der Domanialweine bei den Auktionen werde ich Erwägungen anstellen lassen.

Die weitere Berathung wird vertagt auf Donnerstag 11 Uhr. Vorher: kleinere Vorlagen, Antrag v. Arnim und Gen. über die Organisation der Generalkommissionen.

Schluß gegen 4½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

129. Sitzung vom 29. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Ministerialdirektor **Caspar** und einige außerpreußische Vertreter.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung stehen Anträge aus dem Hause.

Zunächst erfolgt die Berathung des Antrages **Bassermann** (natl.) wegen Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend Einführung **besonderer Gerichte für Rechtsstreitigkeiten aus dem kaufmännischen Dienstvertrag.** Der Antrag fordert: „1. daß diese besonderen Gerichte den Amtsgerichten anzugliedern sind; 2. sollen die Gerichte bestehen aus einem Amtsrichter als Vorsitzenden und je einem Prinzipal und einem Handlungsgehilfen als Beisitzern; 3. sollen die Beisitzer mittels Wahl der Prinzipale und Handlungsgehilfen in geheimer Wahlhandlung direkt und mittelbar, oder mittelbar und direkt, gewählt werden; 4. soll das Verfahren ein beschleunigtes, einfaches, mit geringen Kosten verknüpftes sein; 5. sind den Gerichten die Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Dienstvertrag zu überweisen; 6. ist die Berufung gegen Urtheile dieser Gerichte nur zulässig, wenn der Werth des Streitgegenstandes den Betrag von 100 Mark übersteigt."

Zur Begründung des Antrages nimmt das Wort

Abg. **Bassermann** (natl.):

Kaufmännische Schiedsgerichte sind schon bei den verschiedensten Gelegenheiten gefordert. Ueber die Nothwendigkeit der Einführung herrscht in diesem Hause nahezu Einstimmigkeit. Es muß eine rasche Rechtsprechung in Streitigkeiten über den kaufmännischen Dienstvertrag herbeigeführt werden. Es bestehen nur Meinungsverschiedenheiten darüber, ob diese Gerichte den Gewerbegerichten angegliedert werden sollen oder den Amtsgerichten. Indessen ist diese Frage von sekundärer Bedeutung. Ich bin für Angliederung an die Amtsgerichte, der Abg. Raab hat je dem gegenüber Angliederung an die Gewerbegerichte gefordert. Aber es scheint, als ob selbst die Freunde dieses Herrn nicht immer derselben Ansicht waren. So war auch in der „Staatsbürgerzeitung" eine entgegengesetzte Ansicht vertreten. Ich beantrage Verweisung unseres Antrages an eine **Kommission von 14 Mitgliedern.**

Ministerialdirektor **Caspar:**

Die Berathungen des Reichsamtes des Innern über den Gegenstand, den der Antrag des Abg. Bassermann behandelt, sind so weit vorgeschritten, daß in Bälde die **Einbringung eines Gesetzentwurfes** darüber zu erwarten ist. Unter diesen Umständen erübrigt es, auf die einzelnen vom Abg. Bassermann erwähnten Punkte einzugehen, erübrigt es auch nach meiner Meinung, eine besondere Kommission für seine Vorberathung einzusetzen, da ja die zu erwartende Vorlage voraussichtlich doch einer besonderen Kommission überwiesen werden wird.

Abg. **Hitze** (Ctr.):

Ich freue mich über die Erklärung, halte es aber für sicherer, den Antrag an eine Kommission zu verweisen; die Kommission kann ja dann die Vorlage der verbündeten Regierungen abwarten. Ich freue mich auch, daß die Regierungen ihren passiven Widerstand gegen Initiativanträge aufgeben. Es sprechen Gründe für Anschluß an die Amtsgerichte wie für Anschluß an die Gewerbegerichte, und es ist schwer, zu entscheiden, was hier das Richtigste sein wird. Ich schließe mich dem Antrage auf Verweisung an eine Kommission von 14 Mitgliedern an.

Abg. **Rosenow** (soz.):

Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit kaufmännischer Schiedsgerichte bestehen nicht, wohl aber geht uns der Antrag Bassermann **nicht weit genug,** wir werden daher in der Kommission Kommissionsanträge stellen. Wir geben der Angliederung an die Gewerbegerichte den Vorzug. Die Kaufleute treten nur für Angliederung an die Amtsgerichte ein, weil sie nicht mit den gewerblichen Arbeitern gleich behandelt werden wollen. Auch der Artikel in der „Staatsbürgerzeitung", auf den Herr Bassermann bezog, zeigt diesen **Standesdünkel im Kaufmannsstande.** Das aktive und passive Wahlrecht muß von 21. Jahre ab gewährt werden, Männern und Frauen in gleicher Weise.

Abg. **Henning** (kons.):

Wir stehen dem Antrag Bassermann **sympathisch** gegenüber. Die Frage, ob Angliederung an Gewerbegerichte oder an Amtsgerichte, können wir hier im Plenum nicht entscheiden. Es spricht für die Angliederung an die Amtsgerichte, daß dann ein Amtsrichter den Vorsitz führt, für Angliederung an die Gewerbegerichte dagegen die Thatsache, daß Gewerbebetrieb und kaufmännischer Betrieb sich oft nicht genau von einander scheiden lassen. Wir sind auch für Verweisung an eine Kommission.

Abg. **Bell** (fr. Vp.):

Wir sind für Angliederung an die Gewerbegerichte, und zwar wünschen wir Schaffung einer besonderen Kammer für kaufmännische Streitigkeiten bei den Gewerbegerichten. Auch wir sind für Verweisung an eine Kommission.

Damit schließt die Berathung. Der Antrag geht an eine **Kommission von 14 Mitgliedern.**

Es folgt die erste Berathung des von dem Abg. Nickert (fr. Vg.) eingebrachten **Gesetzentwurfs betreffend Abänderung des Wahlgesetzes** für den deutschen Reichstag in Verbindung mit der ersten Berathung des gleichartigen, vom Abg. Gröber (Ctr.) eingebrachten Gesetzentwurfs.

Die Anträge bezwecken im Wesentlichen, daß den Wählern amtlich gestempelte, undurchsichtige Umschläge geliefert werden, in denen jeder Wähler in einem abgesonderten Raum in Abwesenheit jeder anderen Person und von Niemand beobachtet seinen Stimmzettel zu verschließen hat.

Zur Begründung nimmt das Wort

Abg. Dr. **Barth** (fr. Vg.):

Der Abg. Nickert ist leider durch seinen Gesundheitszustand noch für die nächsten Wochen verhindert, sich rednerisch an unseren Verhandlungen zu betheiligen. Ich werde deshalb statt seiner den Gesetzentwurf in möglichster Kürze begründen.

Die beiden vorliegenden, vollkommen übereinstimmenden Entwürfe sind bereits zweimal mit großer Mehrheit in der nämlichen Form vom Reichstage angenommen worden, nachdem sie in der Kommission gründlichen Berathungen unterzogen worden waren. Unter diesen Umständen ist es nicht erforderlich, daß der Gesetzentwurf noch einmal eingehend begründet wird, und auch nicht, daß eine nochmalige Kommissionsberathung stattfindet. Wir können gleich heute **in die zweite Lesung eintreten.**

Der Bundesrath hat bisher allein **das Hinderniß** gegen das Zustandekommen dieses Gesetzes gebildet. Der Bundesrath kann nicht darüber im Unklaren sein, daß die Mängel, die dieser Entwurf beseitigen will, außerordentlich schwerwiegend sind, daß es sich hier um Mißstände handelt, die nicht blos als politische, sondern sie möchte beinahe sagen, als **moralische** (Sehr wahr! links) zu bezeichnen sind. Die **Stimmzettelknipfe,** die angewendet werden, um arme, sozial, wirthschaftlich oder beruflich abhängige Wähler zu zwingen, für eine Partei zu stimmen, die sie nicht unterstützen wollen, sind meines Erachtens nicht blos politisch, sondern auch moralisch im höchsten Grade verwerflich. (Sehr richtig! links.) Diejenigen, die ein stark ausgeprägtes religiöses Gefühl haben, sollten sich vergegenwärtigen, daß es **auch vom religiösem Standpunkte** aus nichts Niedrigeres giebt als die **Vergewaltigung von Gewissen** (Sehr wahr! links), und hier handelt es sich darum, das politische Gewissen zu vergewaltigen, um, wie es gelegentlich drastisch ausgesprochen worden ist, abhängige Existenzen zu einem **politischen Meineide** zu veranlassen. (Sehr richtig! im Centrum.) Diesem **öffentlichen Skandal** muß entgegengetreten werden. (Sehr richtig! links.) Ein gesetzgebender Körper wie der Bundesrath ist verpflichtet, das Seinige zu thun, um dem entgegenzuarbeiten (Sehr richtig! links und im Centrum), umsomehr, wenn ihm, wie hier, vom Reichstage die allerbequemste Gelegenheit dazu gegeben wird.

In allen Ländern, wo ein solches Gesetz besteht, sind ähnliche Mißstände, wie ich sie hier bezeichnet habe, dadurch von Grund auf beseitigt worden. Die Einrichtung der Isolirräume und der Kouverts ist in anderen Ländern bereits seit vielen Jahren in Uebung. **In Australien** ist dieses System bereits 50 Jahre alt. Von dort ist es nach England, nach den Vereinigten Staaten, nach Belgien, nach Norwegen und einer ganzen Reihe von anderen Staaten übergegangen, und selten hat ein Gesetz so durchschlagend Heilung gebracht. Deshalb kann der Bundesrath nicht sagen, es handele sich hier um eine unerprobte Neuerung. Sie ist so erprobt, wie es wenige gesetzgeberische Akte jemals gewesen sind. **Auch in Deutschland selbst** haben sich diese Bestimmungen bewährt. Einzelne deutsche Staaten haben der Anregung, die in unseren Anträgen liegt, Folge gegeben. **In Baden,** wo das, was wir für das Reich eingeführt wissen wollen, seit 1896 geltendes Recht ist, haben sich die Isolirräume und die Kouverte außerordentlich bewährt (Hört, hört! links), so daß Niemand der Meinung ist, sie sollten wieder abgeschafft werden. **Württemberg** hat ebenfalls seit 1899 eine solche gesetzliche Regelung eintreten lassen, und auch dort sind bei den letzten Wahlen die besten Erfahrungen mit diesem System gemacht worden. Das gesetzgeberische Vorgehen Württembergs ist nach verschiedenen Richtungen außerordentlich empfehlenswerth. Der dort von Herrn Kiene verfaßte Kommissionsbericht ist musterhaft und hat in der überzeugendsten Weise dargestellt, wie nothwendig es ist für die Einzelstaaten und auch für das Reich, daß derartige Vorsichtsmaßregeln zum Schutze des Wahlgeheimnisses, zur wirklichen Ausführung des Artikels 20 unserer Reichsverfassung getroffen werden. Unter anderem ist in jenem Bericht auch auf unsere Reichsverhältnisse Rücksicht genommen. Es heißt dort: „Dieses Vorgehen Württembergs dürfte auch von günstiger Rückwirkung auf die gesetzgebenden Organe des Reiches in dieser Frage sein, zumal bereits das Großherzogthum Baden mit seiner Novelle vom 10. Juni 1896 zur Verfassungsurkunde in diesem Sinne vorangegangen ist." Das Großherzogthum **Hessen** ist dabei, eine ähnliche Reform des Wahlverfahrens vorzunehmen, und zwar hat dort die Regierung selbst eine solche Vorlage gemacht. (Hört, hört! links.) Der Bundesrath ist jetzt in der Lage, sich von den Vertretern aus diesen drei Ländern jeden Augenblick unterrichten zu lassen, wie vorzüglich diese gesetzgeberische Reform in den Einzelstaaten gewirkt hat. Wie steht der Bundesrath nun da, wenn er immer mit verschränkten Armen den Bemühungen des Reichstages nach dieser Richtung zusieht! Der Bundesrath macht sich geradezu **zum Mitschuldigen an jenes Unfuges,** der mit diesen Stimmzetteln getrieben wird, wenn er nicht jetzt aus seiner Passivität heraustritt, diligentiam prästirt und entweder unseren Beschlüssen zustimmt oder selbst einen Gesetzentwurf vorlegt, der Hand und Fuß hat und diese schreienden Mißstände beseitigt. (Lebhafter Beifall links.)

Zur Begründung des Antrages Gröber nimmt das Wort

Abg. **Kirsch** (Ctr.):

Ich glaube, der Abg. Barth geht bei aller sonstigen Richtigkeit seiner Behauptungen zu weit, wenn er den Bundesrath schon jetzt dafür verantwortlich macht, daß auch in Zukunft der vorliegende Antrag nicht Gesetz werden sollte. Im Uebrigen unterscheidet sich der Antrag Gröber vom Antrag Barth so wenig, daß ich den Ausführungen des Abgeordneten Barth nichts zuzufügen habe. Ich empfehle Ihnen, die Anträge nicht erst einer Kommission zu überweisen, sondern sie schon heute in zweiter Lesung zu berathen.

Abg. **v. Tiedemann** (Rp.):

Es ist nicht angebracht, über die Zweckmäßigkeit oder Nichtzweckmäßigkeit der geheimen Wahl zu streiten, denn wir haben diese geheime Wahl ja nun einmal. Soll aber, wie hier beantragt wird, die geheime Wahl **noch geheimer** gemacht werden, so möchte ich Ihnen doch ins Gedächtniß zurückrufen, was ein leider verstorbener Parteiführer, so lange er lebte eine Säule des Parlamentarismus, am 28. März 1867 sagte: man müsse es der Zukunft überlassen, ob man zu der öffentlichen Abstimmung übergehen solle. Abgesehen von allem anderen ist der vorliegende Antrag aber sprachlich so ungeheuerlich gefaßt —, er exkommet an die schlimmsten Formen — des Kanzleistils — daß ich ihn empfehle, ihn zur besseren Korrektur einer **Kommission von vierzehn Mitgliedern** zu überweisen.

Abg. Dr. **v. Komierowski** (Pole):

Auch in dieser Frage hat der Herr Reichskanzler nicht klar seine Stellung zum Ausdruck gebracht; es scheint, daß er überhaupt nur in der Polenfrage klar und deutlich **Farbe bekannt** hat. Wir sind aber aus voller Ueberzeugung für die vorliegenden Anträge und empfehlen deren einstimmige Annahme ohne vorgängige Kommissionsberathung.

Abg. **Bassermann** (natl.):

Aus mehrjähriger Erfahrung in Baden kann ich erklären, daß alle Parteien mit der Einführung der gleichen Stimmzettel und des Isolirraumes zufrieden sind. In der ersten Zeit ist es freilich vorgekommen, daß die Bürgermeister kleiner Städte zur besseren Wahrung des Wahlgeheimnisses einen **Polizisten in die Wahlzelle gestellt** haben. (Heiterkeit.) Einer Kommissionsberathung bedarf der Gesetzentwurf nicht.

Abg. **Auer** (soz.):

Das Gesetz ist unbedingt nöthig; darüber sind eigentlich Alle einig. Wir kann man nur behaupten, es handele sich nur darum, die Abstimmung noch geheimer zu machen. Dann wäre der Antrag ja überflüssig. In westfälischen Kreisen ist auch **von konservativen Männern** das Verlangen gestellt, das Wahlgeheimniß mehr zu sichern. Die Nothwendigkeit der größeren Sicherung des Wahlgeheimnisses ist auch von Männern der Rechten hier im Hause anerkannt worden. Schade, daß diese Versicherungen keine Verbindlichkeit für die Praxis draußen im Lande haben. Im Kreise Wittenberg—Schweinitz haben die Konservativen sich nicht bereit erklären wollen, dieselben Stimmzettel verwenden zu wollen wie die Freisinnigen. Es handelt sich bei deren wenden zu wollen wie die Freisinnigen. Es handelt sich bei deren Antrag darum, die hohe soziale Aufgabe der geheimen Abstimmung zu sichern. Die Verhältnisse bei den Wahlen sind überall verbesserungsbedürftig; verwendet man doch sehr oft als Wahlurnen **Cigarrenkisten.** Daß der Antrag nothwendig, zeigen am besten die Wahlprotokolle aus Dortmund und Bochum. Man treibt die Wähler jetzt kolonnenweise zur Urne und zwingt sie, den Zettel so zu halten, daß der kontrollirende Beamte die Abstimmung genau übersehen kann. Redner bespricht sodann zahlreiche Unregelmäßigkeiten, die bei den letzten Wahlen vorgekommen seien.

Abg. Dr. **v. Levetzow** (kons.):

Was der Vorredner anführte, gehörte nicht zur Tagesordnung, wenn es auch zum Theil nicht uninteressant war. Ich will die **Zeit,** die dadurch **verschwendet** ist, wieder gewinnen, indem ich ganz kurz unsere Stellung festlege. Wir verwerfen den Antrag Nickert, wie unsere Stellung festlege. Wir verwerfen den Antrag Nickert, wie hatten an unseren früheren Erklärungen fest, wir halten fest an den Bedingungen der Verfassung und damit an den Wahlzetteln. **Wir wollen nichts wegnehmen und nichts hinzuthun.** Es ist heute nichts Neues gesagt, deshalb haben wir keinen Grund, unsere Stellung zu ändern. (Beifall rechts.)

Abg. **Beck-Koburg** (fr. Vp.):

Die kleinen und mittleren Staaten sind nicht gegen den Antrag, es muß also schon die Schuld Preußens sein, wenn der Bundesrath diesem Antrag nicht günstig gegenübersteht. Der Herr Reichskanzler wird also den preußischen Ministerpräsidenten bei Seite nehmen müssen, um von ihm zu erfahren, weshalb Preußen die größere Sicherung des Wahlgeheimnisses nicht will. Die stilistischen Unebenheiten, die Herr v. Tiedemann gerügt hat, sind nur an Stellen vorhanden, die der Verfassung entnommen sind.

Das Schlußwort für den Antrag Nickert erhält

Abg. Dr. **Pachnicke** (fr. Vg.):

Mit dem Eingreifen in die Debatte über den Antrag Bassermann scheint die Grenze des Entgegenkommens des Bundesrathes gegenüber den Reichstage schon erreicht zu sein. Danach macht der Bundesrath in der That mitschuldig an den Mißbräuchen, sich der Bundesrath in der That mitschuldig an den Mißbräuchen, von denen wir hier zum Theil neue, zum Theil alte Beweise erhielten, die mit Sicherheit erkennen lassen, daß es sich um eine **Verletzung des Rechtsgefühls,** um eine **Verletzung des öffentlichen Gewissens** handelt, der Bundesrath macht sich mitschuldig sowohl für die Vergangenheit als auch für die Zukunft, für die Vergangenheit insofern, als er unserem Antrag bisher nicht beitrat, und für die Zukunft insofern, als er wahrscheinlich von diesem Standpunkt nicht abgehen wird.

Der Abg. v. Levetzow hat, um seinen Widerspruch gegen den Antrag zu begründen, auf das bestehende Wahlgesetz und auf die Verfassung hingewiesen; gerade das thun aber auch wir, um unseren Antrag zu begründen, denn er enthält nichts, was gegen den Geist der Verfassung, was gegen den Geist des Wahlgesetzes wäre, sondern er bedeutet eine **festere Verankerung des Bestehenden.** Er will, nachdem die Praxis bewiesen hat, daß die Sicherung des Wahlgeheimnisses, die das Wahlgesetz erreichen will, sich so noch nicht erreichen läßt, weiter gehende Sicherungen schaffen. Wir haben seit langen Jahren mehrmals über diesen Antrag diskutirt, und da erscheint es um so verwunderlicher, wenn wie vom Grafen Bülow diesem Antrag gegenüber bei einer anderen Gelegenheit hören mußten: Quieta non movere! Der Herr Reichskanzler überfliegt dabei nur Eines: Dieser Gesetzentwurf ist datirt vom 1. März 1892, seit zehn Jahren ist, um in dem Bilde zu bleiben, die Ruhe gestört, und **nur der Bundesrath hat seine Gelassenheit behalten** und macht Opposition, ohne uns die Gründe dafür mitzutheilen.

Der Abg. v. Tiedemann führte als formalen Einwand gegen den Antrag dessen mangelhaftes Deutsch an; der Abg. Beck hat aber schon mit Recht bemerkt, daß das gleiche Deutsch in dem allerdings gedeckte § 11 schon im Wahlgesetz von 1869, und ich weiß nicht, ob man dem Abg. v. Tiedemann nicht die **Mitschuld** an dieser von ihm so getadelten Fassung zuschreiben soll, denn er rühmt sich ja der Ehre, **die rechte Hand des Fürsten Bismarck** gewesen zu sein, und so ist er vielleicht selbst nicht ganz unschuldig an dieser Fassung gewesen. (Heiterkeit.) Sollte aber die Fassung des Antrags wirklich ernsten Bedenken begegnen, so ist es sehr leicht, eine Redaktionskommission mit der Aufgabe der stilistischen Verbesserung zu betrauen (Widerspruch) oder die Anträge zur zweiten oder dritten Lesung, je nachdem, zu stellen.

Dann ist auf den Abg. Windthorst als auf einen Kronzeugen gegen die Oeffentlichkeit der Wahl hingewiesen worden; nun, die näheren Freunde des verstorbenen Dr. Windthorst wissen, daß er, nachdem er die preußische Wirthschaft näher kennen gelernt hatte, im preußischen Abgeordnetenhause entschieden für die geheime Abstimmung eingetreten ist, und es ist ihnen gleichfalls nicht unbekannt, daß er Anfangs der neunziger Jahre, als unser Antrag hier eingebracht war, ihm die wärmste Sympathie entgegenbrachte.

Wie nöthig eine Remedur ist, das beweisen nicht nur Zeitungsberichte, denen Sie vielleicht keine volle Glaubwürdigkeit entgegenbringen, sondern die Akten der Wahlprüfungskommission bieten hierfür das beste Material. Auch die Prüfung der **Wahl des Abg. Boltz** zeigte, welche Mittel im Wahlkampfe angewendet werden. Man hat sich auch auf die **Wahl in Greifswald** berufen, und gerade konservative Wahlprotokolle klagen in der Hauptsache darüber, daß man auf den Wahlzetteln den aufgedruckten Namen des konservativen Kandidaten durchgestrichen und den Namen des Kandidaten darauf geschrieben hat, dem der betreffende Wähler mehr Vertrauen entgegenbrachte. Schon dieser Nothbehelf der Wahler beweist, daß für das gewährleistete Wahlgeheimniß noch nicht genügende Sicherheit geschaffen ist. In diesem Wahlkampfe sind aber noch ganz andere Uebergriffe vorgekommen; so wird mir soeben mitgetheilt, daß ein Gutsbesitzer, als eine liberale Wahlversammlung angekündigt war, in der mein Freund Gothein sprechen wollte, den bei ihm beschäftigten Leuten den Besuch dieser Versammlung bei Strafe der sofortigen Entlassung verbot und drei Arbeiter, die dennoch diese Versammlung besuchten, thatsächlich entließ. Lobliches ist nur zu oft vorgekommen, wie die Akten der Wahlprüfungskommission beweisen. Um einen besonders krapfanten Fall zu erwähnen, erinnere ich an das **Rundschreiben des Abg. v. Knapp;** dieser mußte zu seinem großen Mißvergnügen bemerken, daß eine Reihe von freisinnigen Stimmen in seinem eigenen Wahlbezirk abgegeben waren; da erließ er das Rundschreiben, in dem er sagt, wer diese waren, weiß ich, ich kenne sie schon; Diejenigen, die freisinnig gewählt hätten, würden nicht mehr freie Apotheke haben, das Halten von Schafen und Ziegen würde ihnen untersagt werden, und zuletzt dürfen sie nicht mehr daran denken, daß ihre Kinder bei der nächsten Weihnachtsbescheerung von ihm bedacht werden würden. Wenn solche Dinge möglich seien, so müssen wir verlangen, daß hier eine Reform versucht werden muß. Eine Bevormundung über die Stimmzettel, von der der Redner sprach, gelingt uns beim besten Willen nicht. Sie wollen die Verschiedenheit in den Stimmzetteln beibehalten und thun dies, um die Wähler zu kontroliren. **Der Streit um das Wahlrecht ist ein Streit um die Macht.** Arbeitgeber, vor allen Dingen ländliche, aber auch industrielle, sagen ihren Arbeitern: ihr dürft wählen, aber nicht, wie ihr wollt, sondern wie ich will. Man giebt den Leuten das Wahlrecht und nimmt ihnen die Benutzung durch ein Kontrolsystem. Eine Aenderung ist aber nicht nur den Arbeitern, sondern allen, die sich abhängig fühlen, oder die wirklich abhängig sind, also auch den Beamten, nothwendig. Auch unter den Beamten ist wiederholt über schwere Wahlbeeinflussung geklagt worden. Wer gegen unseren Antrag ist, setzt sich damit dem Verdacht aus, daß er **Wahlbeeinflussung** treiben will, und daß ihm die geheime Abstimmung unangenehm ist. Bei der Berathung des Diätenantrages ist **vom** Abgeordneten v. Tiedemann gesagt worden, die Diäten können Sie haben, wenn die geheime Abstimmung abgeschafft wird. Darüber ließe sich reden. Das ist ein neuer Beweis zu den vielen anderen, wie die Konservativen innerlich zu der geheimen Wahl stehen. Was in mehreren deutschen Staaten und in ausländischen Staaten möglich ist, das sollte auch hier für das deutsche Reich möglich sein.

Es ist im Laufe der Debatte auf Württemberg, Baden und Hessen hingewiesen worden; und namentlich für Hessen ist zu bemerken, daß dort die Anregung der Wahlordnung nicht von den Abgeordneten ausging, sondern von der Regierung. Minister Eisenlohr ist Derjenige, der diese Aenderung getroffen hat. **Selbst in Frankreich** ist man dieser Frage näher getreten. Dort ist eine Kommission beschäftigt mit einem Gesetzentwurf über die Wahrung des Wahlgeheimnisses. Es kommen in den verschiedensten Staaten amtlich abgestempelte Wahlzettel, ein abgesonderter Raum für die Wähler, bei dem sich Niemand etwas Unschickliches denken kann, aber amtlich abgestempelte Umschläge für die Wohl war, um den Ausdruck der freien Ueberzeugung zu sichern. Das Gleiche verlangen wir für das deutsche Reich, nichts, was im Widerspruch steht zu dem bestehenden Recht, und wir verlangen **im Namen der politischen Moral,** daß den hier hervorgetretenen Mißbräuchen gesteuert wird. Dazu bedarf es keiner Kommission, wir können gleich in die zweite Lesung treten und so bald wie möglich in die dritte, um den Bundesrath **zu nöthigen,** zu dieser wichtigen Frage endlich Stellung zu nehmen. (Beifall links.)

Der Abg. Tiedemann wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt. In der sich sofort anschließenden **zweiten Berathung** wird der Gesetzentwurf ohne Erörterung **angenommen.**

Den nächsten und letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet die **zweite Lesung** des vom Centrum eingebrachten **Gesetzentwurfes betreffend die Freiheit der Religionsübung.**

Berichterstatter ist Abg. Dr. Pichler.

§ 1, der von der Kommission unverändert angenommen ist, lautet: „Jedem Reichsangehörigen steht innerhalb des Reichsgebietes volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung zu. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen."

Hierzu beantragen die Abgg. Dr. **Hieber** und Dr. **Sattler** (natl.) für den Fall der Annahme des § 1 **folgenden Absatz 2** anzufügen:

„Der Erlaß von Gesetzen zur Ausführung des vorstehenden Grundsatzes ist bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes über Vereins- und Versammlungsrecht Sache der Einzelstaaten."

Abg. **Schrader** (fr. Vg.):

Ich freue mich, daß der **Staatssekretär Graf Posadowsky** der Berathung beiwohnt. Ich entnehme daraus, daß die Bedenken, die bei der ersten Lesung auf Seiten der verbündeten Regierungen obwalteten, nicht mehr in derselben Weise bestehen. Wir haben heute nur über den ersten Theil des Antrages Lieber zu verhandeln. Wir ist hierbei die Kompetenz des Reiches nicht zweifelhaft, während dies bei dem zweiten Theil der Fall wäre. Es handelt sich um die persönliche Freiheit der Religionsübung. Eine gleichmäßige Regelung dieser Angelegenheit im deutschen Reiche ist durchaus angezeigt. Auch Diejenigen, die noch Bedenken haben, sollten sich entschließen, im Wege der Verfassungsänderung oder in anderer Weise den Schwierigkeiten zu begegnen. Der Vorsitzende der Kommission hat am Schluß der Berathung mit Aller Zustimmung seine Freude ausgesprochen, daß in einer **versöhnlichen Weise** die schwierige Materie behandelt worden sei. Wir haben uns gewöhnt, die entgegenstehenden Ansichten

n und auszugleichen. Ich möchte wünschen, daß hier im Hause Verhandlungen in gleicher Weise gepflogen werden. Hoffentlich t dieses Gesetz dazu bei, ein besseres Verstehen der essionen herbeizuführen. Nur so können wir zu n religiösen Frieden kommen. Der § 1 ist der preußischen assung entnommen. Den Antrag, die Ausführung den elstaaten zu überlassen, halte ich nicht für undenklich. Ich , den Paragraphen **unverändert anzunehmen.** (Beifall.)

Abg. Dr. **Hieber** (natl.):

Wir sind nur für den § 1, wenn auch unser Antrag zu diesem gegraben angenommen wird.

Der Antrag ist begründet auf Vorkommnissen **in** den einzelnen desstaaten, **Die Protestanten bedauern alle solche Beschränkungen der Gewissensfreiheit.** Wir wollen auch, alle Ueberreste veralteter Polizeiherrschaft **auf** kirchlichem ete beseitigt werden. Ich bestätige, daß die Kommissionsverhandlungen durchaus **im Geiste gegenseitiger Duldung** geführt den. Wir sind aber über das Erstaunen nicht hinausgekommen, **gerade das Centrum** als diejenige Partei sich hinstellt, die das che Volk mit der wahren religiösen Freiheit beglücken will. Mit ßen dogmatischen Toleranz ist es nicht gethan. Die Unterscheidung gelt in den Gedankenkreis, die den Begriff des modernen tes herausgeführt haben. Der Gegensatz zu diesen Gedanken bei der katholischen Kirche noch. Sonst verstehe ich nicht, daß spanische Konkordat von 1851 die Bestimmung enthält, wonach jeder re Kultus als der der römischen Kirche in Spanien ausgeschlossen soll. Ebenso steht es in der Republik Ecuador. Wenn Sie (zum rum) Toleranz üben wollen, dann bestimmen Sie doch Ihre hensgenossen zu bestehen. Ich möchte nicht, daß jetzt wieder ein kapfel geschaffen würde. Den Hinweis auf die Schutzgebiete kann ich t gelten lassen, weil es sich dort nicht um einen Dualismus handelt, l wir dort auch nicht eine so lange geschichtliche Entwickelung haben. **ersinnliche Bestimmungen** haben wir auch noch in ern. Dort ist das Recht öffentlicher Religionsübung auch nur anerkannten Religionsgesellschaften gewährt, den Altkatholiken e nicht. Ich bitte die Herren vom Centrum, auch dafür zu sorgen, hier Besserung geschaffen wird.

Abg. Graf **Bernstorff**-Lauenburg (Rp.):

Wir stehen im Allgemeinen auf dem Standpunkt, daß die petenz des Reiches in dieser Beziehung nicht erweitert, ern **der föderative Charakter des Reiches** gewahrt den soll. Wenn die Vorlage noch mit dem zweiten Theil Antrages belastet wäre, würden wir daher auch dagegen timmt haben. Eine große Anzahl meiner Freunde hat zwar auch gegen den § 1 Bedenken, weil die Bestimmungen über das Verecht fehlen. Ich vermag diese Bedenken nicht zu theilen. Es delt sich nur um die Frage der **Freiheit der Religionsübung,** das ist eins der wichtigsten Rechte jedes Menschen. Ich hoffe, die Worte, die gestern Herr Dr. Bachem sprach, weit und breit rt werden, besonders in Ländern, wo die katholische Kirche in der ermacht ist.

Allerdings ist es nothwendig, daß auch kirchliche Versammlungen an Beschränkungen gebunden sind, die im Interesse der einzelnen Staaten en. Ich bin ein Freund von religiösen Versammlungen im Freien. gebe aber zu, daß die Polizei bei Störungen eingreifen muß. Durch § 1 dürfen jedenfalls auch Prozessionen nicht ohne Weiteres ervoten sein. Ich wünsche, daß auch ein **Reichsvereinsgesetz** geschaffen d. Wenn man übertriebene Forderungen zurückstellen wollte, de das wohl möglich sein.

Staatssekretär Graf **Posadowsky:**

Diese Gesetzgebung ist den Einzelstaaten vorbehalten und zunächst e reichsgesetzliche Einwirkung ausgeschlossen. Aus politischen konfessionellen Gründen ist es aber im höchsten Grade nschenswerth, daß die Ungleichheiten auf dem Gebiete staatlichen Rechtes gegenüber der katholischen Kirche Reiche möglichst klein sind. Aus diesem Gesichtsakte hat sich der Reichskanzler zunächst **an die großherzoglich hessische Regierung** mit der Frage gewandt, inwieweit Wünschen, die bei der ersten Berathung sich geltend gemacht haben, thung getragen werden könnte, und sie hat das weitestgehende und **ndesfreundlichste Entgegenkommen** gezeigt. Sie hat erklärt, daß entschlossen sei, durch Gesetz, jedoch vorbehaltlich der näheren mulirung, den Angehörigen der katholischen Kirche die öffentliche igionsübung zu gewähren und diese in gleicher Weise rechtlich zu nen, wie dies in Preußen bereits geschehen ist. Der Reichskanzler nden sich durch bundesfreundliche Verhandlungen die noch beenden rechtlichen Ungleichheiten zu Ungunsten der Katholiken auch Zukunft zu beseitigen. Ich bitte, abzuwarten, welchen Erfolg dieses gehen haben wird.

Mecklenburgischer Bevollmächtigter, Landgerichtspräsident Dr. **Langfeld:**

Die Beschwerden, die über die mecklenburgischen Verhältnisse vorbracht worden sind, sind thatsächlicher und rechtlicher Natur. In terer Beziehung ist bemerkt worden, daß den Angehörigen der holischen Kirche eine ihren Ansprüchen genügende Religionsung nicht möglich gemacht ist. Es ist aber hierbei zu bemerken, daß nach der letzten Volkszählung in Mecklenburg 7 katholische Seelen gezählt wurden gegenüber einer sammtbevölkerung von 607,763 Seelen. Die Katholiken den also nur ½ Prozent der Gesammtbevölkerung. Unter sen Umständen ist es unausführbar, den Katholiken die Bedigung ihrer religiösen Bedürfnisse in der gleichen Weise verschaffen wie in einem Lande mit vorwiegend katholischer Bevölkerung. Dazu kommt, daß eine nennenswerthe Vermehrung der katholischen Bevölkerung erst in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat. Wir haben es mit er im Flusse befindlichen Bewegung zu thun, und es ist da schwierende organisatorische Anordnungen zu treffen. Die mecklenburgische Regierung ist daher bestrebt, **allen berechtigten Wünschen entgegenzukommen** und ist bereits in dieser Richtung gegangen. Was die rechtliche Stellung der Katholiken betrifft, ist allerdings Mecklenburg zurückgeblieben gegenüber den deren Bundesstaaten. Die mecklenburgische Regierung ist aber entschlossen, diese Lücke auszufüllen, und eine entsprechende Verordnung ist bereits ausgearbeitet. Es wird dadurch die Rechtsstellung der Katholiken wesentlich in derselben Weise geregelt werden, wie dies in Preußen und Bayern der Fall ist. Eine Regierung ist sich bewußt, mit den geplanten Maßnahmen im wesentlichen nur eine **Pflicht der Gerechtigkeit** gegenüber den Katholiken zu erfüllen, ohne die Rechte der Angehörigen der lutherischen Kirche zu beeinträchtigen. Wenn diese Maßnahmen zur Durchführung gelangt sind, so wird ein weiterer Schritt zur Befestigung des konfessionellen Friedens gethan sein. Der Satz doctrina multiplex, veritas una ist auch in der Fassung wahr: confessio multiplex, veritas una. Das Bekenntniß ist nur eines: Gottes Wort. Wenn die Konfessionen meiner Heimath sich auf diesen Boden stellen, nach dem Gesichtspunkt der gegenseitigen Achtung unter peinlicher Wahrung der einmal gegebenen Verhältnisse und Rechte zu leben, dann werden beide Konfessionen auf verschiedenen Wegen, aber in friedlichem Zusammenwirken ihr Ziel erreichen. (Beifall.)

Braunschweigischer Bundesrathsbevollmächtigter Freiherr **v. Cramm-Burgdorf:**

In Braunschweig findet schon heute eine **paritätische Behandlung** der Protestanten und Katholiken statt. Ich freue mich, daß heute über Braunschweig keine Klagen vorgebracht sind. Die braunschweigische Regierung wird dem Landtag aber noch einen Gesetzentwurf vorlegen, der zweifellos augenommen werden wird, durch den Sicherheit für fernere paritätische Behandlung geboten werden soll. (Beifall.)

Abg. **Büsing** (natl.):

Ich kann nur meine Befriedigung über die Erklärung des mecklenburgischen Bundesrathsbevollmächtigten aussprechen, möchte aber betonen, daß die Beschwerden der Katholiken, die von vorinstruktivlichen Bestimmungen sprechen, übertrieben sind.

Abg. Dr. **Bachem** (Ctr.):

Nach den Erklärungen, die wir gehört haben, will ich **nicht alte Wunden aufreißen,** sondern fröhlich in die Zukunft schauen. Ich begrüße die Erklärungen als den **Anbruch einer besseren Zeit** und hoffe, daß die Verordnung die Zustimmung der mecklenburgischen Ständeversammlung finden wird (Zuruf: Ist nicht nöthig!) — dann wird man die Verordnung aber in weiten Kreisen des Volkes billigen. Die Katholiken stellen keine übertriebenen Forderungen. Ich hoffe, daß die mecklenburgische Regierung den Katholiken auch beim Bau der Kirchen etwas Wohlwollen entgegenbringt. Daß Mecklenburg das jus circa sacra sich so lange reservirt hat, kann ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden, solange Preußen nicht mit einer Aenderung vorangegangen ist. Mecklenburg hat ein sehr gutes Beispiel gegeben. Braunschweig ein gutes. Mir ist vor einigen Tagen der Entwurf des neuen Kirchengesetzes für Braunschweig zugegangen. Dieser Entwurf beseitigt allerdings den Mißstand, daß katholische Taufen beim protestantischen Geistlichen angemeldet werden müssen. Dagegen scheint mir doch anderes in dem Gesetz noch immer bedenklich, das Gesetz scheint mir noch nicht von der nöthigen freien Beurtheilung diktirt zu sein. Wo bleibt nun aber Sachsen? Der Vertreter Sachsens ist da, aber er schweigt. Sollte Sachsen, das Königreich, nicht können, was Mecklenburg und Braunschweig kann? — Wir sind natürlich für den § 1 des vorliegenden Antrages; wenn die Kompetenz des Reiches nicht hinreicht zur Ausführung des Gesetzes, so muß sie erweitert werden. Ich behaupte aber, daß dies nicht nöthig ist. Den nationalliberalen Antrag können wir nicht annehmen. Redner bespricht weiter braunschweigische Verhältnisse. In Mecklenburg verbietet man trotz aller Freizügigkeit dem katholischen Geistlichen, sich niederzulassen.

Braunschweigischer Bundesrathsbevollmächtigter Freiherr **v. Cramm**-Burgdorf:

In dem Mecklenburger Fall, den der Vorredner soeben berührt hat, handelt es sich nicht um eine Gemeinde aus Angesessenen, sondern hauptsächlich um Saisonarbeiter. Es ist in dieser Angelegenheit zwischen der braunschweigischen Regierung und dem Bischof von Hildesheim wiederholt Korrespondirt, die braunschweigische Regierung hat sich aber nicht übergangen können, daß ein wirkliches Bedürfniß vorliege. Es ist selbstverständlich durchaus unrichtig, daß wir den Geistlichen verhindert hätten, sich niederzulassen. Dabei sind ihm keine Schwierigkeiten gemacht. Ich will aber ausdrücklich feststellen, daß sich die braunschweigische Regierung in dieser Frage nicht durchaus ablehnend verhält, sondern es ist von unserer Seite ausdrücklich erklärt, daß wir diese Frage noch einmal in Erwägung ziehen wollen und unsere Stellung in dieser Frage vielleicht noch ändern werden. (Beifall im Centrum.)

Abg. **Kunert** (soz., schwerverständlich)

tritt für volle Parität ein, die um so nöthiger sei, als der Staat nicht das Recht habe, sich in die religiösen Angelegenheiten der einzelnen Staatsbürger einzumischen.

Abg. Dr. **Bachem** (Ctr.):

Dem Herrn Bundesbevollmächtigten muß ich erwiedern, daß es sich darum handelt, ob die braunschweigische Regierung die Hinderung der Patforisirung der in Braunschweig ansässigen oder vorübergehend aufweilenden Katholiken von Braunschweig selbst aus fortsetzen will, wie es dort noch ein Unikum ist.

Die Berathung wird danach **vertagt.**

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. **(Branntweinsteuernovelle; Etat.)**

Schluß 5¾ Uhr.

Der Zolltarif in der Kommission.

12. Sitzung vom 29. Januar.

(Schluß aus dem Abendblatt.)

Abg. **Stadthagen** (soz.) bekämpft die Anträge der Rechten; sie gehörten garnicht zur Vorlage, sondern in das Gesetz betreffend die Statistik des Waarenverkehrs, seien außerdem unannehmbar, weil sie den Verkehr strangulirten würden.

Abg. **Speck** spricht sich für den (Eingangs mitgetheilten) Kompromißantrag aus; er müsse als § 7a eingefügt werden.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** hebt hervor, daß Deutschland in hohem Grade **Rohprodukte** einführen, **Fabrikate** ausführen müsse; ergreife es Retorsionsmaßregeln, so müsse es auf Gegenzüge gefaßt sein und habe, falls es zu scharfe Repressivmaßregeln ergreife, selbst den Schaden. Um eine Verständigung herbeizuführen, schlägt der Staatssekretär folgenden **Vermittelungsantrag** vor, mit dem die Regierung einverstanden sein würde. Er lautet:

„Unterliegen die eingeführten Waaren, je nach ihrem Ursprung, verschiedenen Zollsätzen, so kann die Anwendung des niedrigeren Zollsatzes von dem Nachweis ihres Ursprunges abhängig gemacht werden. Die näheren Ausführungsbestimmungen trifft der Bundesrath."

Der Staatssekretär empfiehlt diesen Antrag dringend. Die Abgg. **Fischbeck** (fr. Vp.) und **Gothein** (fr. Vg.) nehmen den Antrag als eigenen auf und bringen ihn ein. — Abg. **Gamp** (Rp.) wünscht gesetzliche Maßnahmen zur Verhütung des Mißstandes, daß nicht ausländische Waaren nach unsicheinbarer Veränderung als einheimische eingeführt werden; außerdem zieht er einen früher von ihm zu § 8 gestellten Antrag zurück, nachdem er von Regierungskommissaren die erwünschte Zusicherung erhalten.

Abg. **Gothein** bemerkt, die Erregung gegen die Anträge der Rechten im Lande sei groß und nicht etwa künstlich hervorgerufen. Die von Herrn Freiherrn v. **Heyl** gewünschte Reziprozität würde eine Verschlechterung des internationalen Verkehrs zur Folge haben. Herr v. Heyl habe die Handelsverträge für die wirthschaftliche Krisis verantwortlich gemacht. Dem gegenüber verweise er darauf, daß die deutsche Ausfuhr nach den Handelsvertragsländern um 500 Millionen Mark gestiegen sei.

Abg. **Schwerin**-Löwitz (kons.) verwahrt die Antragsteller gegen den Vorwurf, als ob sie Retorsionsmaßregeln beabsichtigten, und nimmt den vom Abg. Gamp zurückgezogenen Antrag mit Streichung der Worte „im freien Verkehr" wieder auf.

Abg. **Singer** (soz.) bedauert, daß bei so wichtigen Anträgen fortwährend noch Aenderungen vorgenommen werden müssen. Er bittet, die Anträge Gamp-Kardorff abzulehnen und es bei dem bestehenden Zustande zu belassen. Ursprungszeugnisse seien eine Strafe für das Inland.

Handelsminister **Möller** erklärt die Eingangs mitgetheilten Vorschläge Gamp-Kardorff für unannehmbar. Nur der vom Grafen Posadowsky angeregte Antrag Fischbeck-Gothein würde eventuell annehmbar sein.

Zu einer Abstimmung kommt es noch nicht. Die Berathung wird morgen fortgesetzt werden.

Vom Abg. Grafen **Kanitz** ist zu § 8 und dem dazu von ihm mit dem Freiherrn v. **Heyl** und Anderen gestellten Antrag der Abänderungsvorschlag eingegangen, den Absatz 1 folgendermaßen zu fassen: „Bei der Waareneinfuhr ist ein Nachweis über den Ursprung der Waare zu erbringen, widrigenfalls die Abfertigung unterbleibt. Von diesem Nachweise kann abgesehen werden, wenn über den Ursprung kein Zweifel besteht. Die näheren Vorschriften über Form und Inhalt dieses Nachweises erläßt der Bundesrath."

TELEGRAMME.

Rom, 28. Januar. (W. T. B.) Die Blätter besprechen in sympathischster Weise das Geschenk des Kaisers Wilhelm an die Stadt Rom und bringen lange Artikel über den Aufenthalt Goethes in Rom. — „Tribuna" sagt, die Depesche des Kaisers sei eine Handlung voll Wohlwollen, voll Kunst und voll Poesie. Kaiser Wilhelm werde jedesmal, wenn er nach Rom komme, dort denselben warmen Empfang finden. — „Patria" schreibt: Goethe kommt zu uns als alter Gast durch das Geschenk, welches ein deutscher Kaiser der Stadt gemacht hat, welche in der Vorzeit die Krone seiner Vorgänger weihte. Das Geschenk scheint einen wunderbaren, in der Geschichte bis jetzt nicht gesehenen Pakt zu besiegeln. — „Giornale d'Italia" meint, der Tag an welchem und die Art, in der Kaiser Wilhelm sein Geschenk angekündigt habe, würden seine große Volksthümlichkeit in Rom und Italien noch vermehren.

Konstantinopel, 29. Januar. (Privat-Telegramm.) Die Rede des deutschen Botschafters, Freiherrn Marschall v. Bieberstein bei dem Kaisergeburtstagsdiner in dem deutschen Klub „Teutonia" war hoch interessant. Nach einleitenden Bemerkungen vorbreitete sich der Botschafter über die alle Deutschen im Orient interessirenden Ereignisse des vergangenen Jahres und kam auch auf den Bagdad-Bahnbau zu sprechen. Er sagte dabei: Der Sultan hat mir persönlich erklärt, er könne mit vollem Vertrauen und gutem Gewissen die Vollendung des großen Werkes deutschen Händen anvertrauen; er habe die Deutschen in der Türkei am Werke gesehen und wisse, was sie leisten; aus diesem Vertrauen heraus habe er die Konzession ertheilt. Darauf fügte der Botschafter seine Komplimente an alle hier im Interesse beider Länder wirkenden deutschen Faktoren hinzu, wie die Instruktuere in Armee und Schule, die Aerzte u. s. w. Die Rede machte einen tiefen Eindruck, sie schloß mit einem Appell an Alle, im Ausland zusammenzustehen, was leider nicht immer und überall der Fall wäre.

Philippopel, 29. Januar. (W. T. B.) (Meldung des Wiener k. k. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, ist ein Beamter des türkischen Kommissariats in Sofia, der Syrer Gabriel Ghazel Effendi, aus politischen Gründen verhaftet und in das Gefängniß gebracht worden.

AUSWÄRTIGE FONDSBÖRSEN-KURSE.

Breslau, 29. Jan. (Schlusskurse.) Schwankend.

N. 3pr. Reichsanl.	—	Kreditaktien .	—
3½ pr. L. Pfndbr.	99,80	Schles. Bankvrn.	141,00
Italiener	—	Bresl. Spritfabrik .	170,00
Konsolid. Türken	—	Donnermarck . .	193,80
Türkische Loose .	—	Bresl. El. Strass.	—
4pr. ung. Goldrnt.	—	Leipz. El. Strass.	—
4pr. ung. Kronanl.	—	Kattow. Bergb. .	199,00
Breslau. Disk.-B.	81,20	Oberschles. Eisen	118,10
Bresl. Wechslerb.	90,60	Caro Hegenbl. Akt.	118,25

Oberschl. Portl.-C.	96,00	Oppelner Cement	98,00
Giesel Cement.	98,00	L. Jud. Kramsta	146,75
Schles. Cement	145,00	Schles. Zinkh.-A.	—
Laurahütte . . .	200,50	Bresl. Oelfabrik	68,00
Oesterr. Bankn.	—		

Oberschles. Koakswerke 129,00. Koks-Obligationen 96,50. Niederschl. Elektr. und Kleinbahn. 54,00. Cellulose Feldmühle Cosel —,—. Oberschlesische Bank 112,00. Emaillierwerke Silesia 121,50. Schles. Elektr.- und Gasgesellschaft Lit. A. 110,00 Gd., Lit. B. 105,40 Gd.
Poln. Pfandbrief-Emission v. 1898 88,50.

Leipzig, 29. Jan. (Schlusskurse.)

Oest. Banknoten .	85,30	Kredit- u. Sparb.	—
3% sächs. Rente	90,50	Leipz. Bank-Akt.	1,90
3½% do. Anleihe	101,00	do. Hypothekenb.	—
Böhm. Nordb.-A.	130,00	Sächs. Bank-Akt.	125,00
Buchtieh. Lit. A.	254,50	do. Bod.-Credit	123,00
do. do. Lit. B.	—	Leipz. Baumw.-A.	164,00
Leipziger Kredit	169,00	Leipz. Kammgarn	163,00
Zeitzer Paraffin .	130,00	Kammgarn Stöhr	153,50
Mansfelder Kuxe	850,00*	Wernhaus. Kamm.	—

*) Gd.

Altenb. A.-Braur.	184,00	Mainz. Schöfferh.	171,00
Zuckerf. Glauzig	116,00	Reichelbräu Culmb	185,50
Zuckerr. Halle .	173,00	Reisewitzer Br.	—
„Kette"	89,00	Soc.-Br. Waldschl.	231,00
Leipz. Strassenb.	147,75	D.-O. Bergwerksg.	—
Leipziger Elektr. Strassenbahn .	84,75	Sächs. Kammg.-Sp.	—
Thüring. Gas . .	231,50	Glasind. Siemens	240,50
Deutsche Spitz. .	211,50	Porzellanf. Kahla	—
		D. Thonr.-u. Chamf.	—
		Sächs. Nähfadenf.	87,00
		A.-G. für Cartonnagen-Industrie	78,00
		Chem. Fabrik von Heyden-Radebeul	140,00
		Ver. Hanfschlauch	140,00
		Penig Patent . .	140,25
		Ver. Strohstoffb.	58,00
		Wagenbau Busch	—
		Oest. Banknoten	85,35

Dresden, 29. Jan.

Sächs. 3% Rente .	90,50	Deutsche Gusstahl-kugel- u. Maschin.-fabr. Schweinfurt	—
3½% do. Staatsanl.	101,05		
Dresd. Stadtn. 03	100,20		
Allg. dtsche. Kred.	169,00	El. Anl. u. Bahnen	—
Berliner Bank . .	—	Germ., Schwalbe	129,50
Dresd. Kreditanst.	7,40	Görl. Masch. (conv.)	159,00
Dresdner Bank .	137,25	Lauchhammer . .	108,50
do. Bankverein	105,30	Masch. F. u. Kappel	216,50
Leipziger do. . .	1,75	Nähm.-F. u. Eiseng.	194,00
Sächsische do. . .	125,25	Mehlich Maschin.	200,10
Dtsche. Strassenb.	153,50	Sächs. Gusst.-Fbr.	136,00
Dresd. Strassenb.	177,00	do. Masch.-Fab.	138,00
Kette, Elbschiff.	85,00	do. Webst.-Fab.	171,25
Sächs.-Böhm. Dmpf.	—	Ver. Eschebach' W.	—
Dresd. Baugesells.	157,00	Wand. Fabrr.-W.	139,00
Bergm. Elektr.-A.	—	Cons. Feldschlöss.	109,00
Chem. Werke	126,25	Felsenkeller . .	200,00
Wiedes Werke N.	—	Hofbräuh. Vorz.-A.	118,00
Elektr.-W. Kummer	1,00	Kieler Brauerei .	135,00
Schubert u. Salzer	115,00.	Dampfschiffahrtsges. ver. Elbe- u. Saalesch.	139,10,
Dresd. Gardin.-Man.	145,00.	Spelch. u. Spedit. Risa	109,25.

Hamburger. 29. Jan.

3½% Hannov. Prov.-Anleihe	99,25	Döhrener Wollwäschere-i- u. Kämmerei-Aktien	150,50
4% do. do.	103,75		
3½% Hannov. Stadtanleihe.	98,50	Hannov. Cementfabrik-Aktien	108,00
4% do. do.	103,20	Böxtersche (Eichwald) Lein- u. Baumwollfabr.-Akt. . . .	28,50-29,75
4% unkündb. Hannov. Landes-Credit-Oblig.	103,50	Lüneburger Cementfabr.-Akt.	110,00
4% kündb. Celler Cred.-Oblig.	102,90	Ilseder Hütte-Aktien	572,00
4% Hannov. Strassenb.-Oblig.	94,25	Hannov. Strassenbahn-Akt.	151,50
4½% do. do. 1900	95,30	Zuckerfabrik Bennigsen-Akt.	115,70
Contin. Caoutchouc-Co. m. Akt.	530,00	Zuckerfabrik Neuwerk-Aktien	70,00
Hannov. Gummi-Kamm-Co.-A.	215,00	Zuckerraffin. Brunonia-Aktien	117,00
Hannov. Baumw.-Sp. V.-Akt.	34,00		

VERKEHRS-NACHRICHTEN.

Hamburg-Amerika-Linie. „Patricia" v. Hamburg nach Newyork, 27. Jan. 5 Uhr 55 M. Nm. v. Plymouth abgeg. — „Bolivia" 28. Jan. in Hamburg angek. — „Cherusker" 27. Jan. in St. Thomas angek. — „Westphalia" 27. Jan. v. St. Thomas über Havre n. Hamburg abgeg. — „Valencia" 27. Jan. in Hamburg angek. — „Georgia" 27. Jan. 4 Nm. v. Baltimore abgeg. — „Dacia", v. Hamburg n. Mittelbrasilien, 27. Jan. 6 Mrgs. v. Antwerpen abgeg. — „Numantia" 25. Jan. v. Montevideo (Heimreise) abgeg. — „Kiautschou", v. Hamburg n. Ostasien, 27. Jan. 11 Vm. v. Port Said abgeg. — „Suevia" v. Ostasien kommend, 26. Jan. 9 Nm. Gibraltar passirt.

Norddeutscher Lloyd. Trave, v. Newyork 26. Jan. 12 Nachts v. Gibralter abgeg. — Kiautschou, 27. Jan. v. Port Said n. Ostasien abgeg. — Halle, n. Brasilien best., 27. Jan. in Antwerpen angek. — Hamburg, n. Ostasien best., 27. Jan. in Schanghai angek. — Heidelberg, 27. Jan. v. Santos n. Bremen abgeg. — Kaiser Wilhelm der Grosse, 28. Jan. 3 Nm. v. York in Bremerhaven angek. — Helgoland, n. dem La Plata best., 28. Jan. 11 Uhr Vm. in Corunna angek. — Hannover, v. Galveston kommend, 28. Jan. 2 Nm. auf der Weser angekommen. — Stolberg, v. Kuba kommend, 28. Jan. 12 Uhr Mittags Dover pass. — Bayern 28. Jan. 12½ Uhr Mittags Reise v. Southampton n. Genua fortges. — Neckar 28. Jan. 1½ Uhr Nm. Reise v. Antwerpen n. Bremen fortges. — Prinzregent Luitpold, v. Australien kommend, 27. Jan. Nm. in Aden angek.

Union-Castle-Linie. Scot heute auf Ausreise in Kapstadt angek. — Tintagel Castle heute auf Heimreise Kanarische Inseln angek.

Holland-Amerika-Linie. Amsterdau, v. Rotterdam n. Newyork Montag Nm. in Newyork angek.

Die medicinische Zeitschrift „Medico" bringt eine sehr interessante Mittheilung über Somatose von Dr. Eberson. Neben dem Nähreffekt wird von vielen Aerzten namentlich die Wirkung hervorgehoben, welche die Somatose bei stillenden Müttern durch günstige Beeinflussung der Milchsekretion ausübt. Dr. E. weist auch auf die durch Somatose bedingte Erhöhung der Magensaftproduktion hin, durch welche der Appetit schnell gekräftigt wird. Besonders bei allen mit Depression einhergehenden Nerven- und anderen Krankheiten sah er durch gesteigerte Gewichtszunahme das Leiden bedeutend gebessert.

Braut- und Hochzeit-

Seidenstoffe in unerreichter Auswahl, als auch das Neueste in weißen, schwarzen und farbigen Seidenstoffen jeder Art. Nur exklusivste Fabrikate zu billigsten Engros-Preisen meter- und robenweise an Private porto- und zollfrei. Tausende von Anerkennungsschreiben. Muster franko. Doppeltes Briefporto nach der Schweiz.

Seidenstoff-Fabrik-Union

Adolf Grieder & Cie., Zürich (Schweiz).

Kgl. Hoflieferanten.

Verantwortlich f. d. politischen Theil: Dr. iur. G. Grüttefien; f. Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Dr. Karl Mischke; f. d. Feuilleton: Fritz Engel; f. d. Handelstheil: J. Wiener; f. d. übrigen redaktionellen Theil: Karl Günther; f. d. Inseratentheil: Rob. Frantz. Druck u. Verlag von Rudolf Mosse. Sämmtlich in Berlin.

Sie sollten nicht länger zögern, das

veraltete Methode. | neue

Registratur-System „Stolzenberg“

in Ihrem Geschäfte durchgreifend einzuführen.

Dieses System ordnet Ihnen nicht nur einfach die Briefe, sondern es ist ein unschätzbares Hilfsmittel, um in Ihrem gesamten Geschäftsbetrieb eine gesunde straffe Organisation durchzuführen.

Das System Stolzenberg ist entgegen allen anderen eine Methode der Dezentralisation. Die hierdurch ermöglichte Arbeitsteilung gestattet Ihrem Personal, angenehmer und flotter zu arbeiten.

Das System Stolzenberg erhöht die Leistungen und vermindert somit Ihre Geschäftsunkosten. Das System Stolzenberg ist in 2625 Orten Deutschlands verbreitet.

Verlangen Sie gratis Muster gegen 20 Pfg. Porto oder Muster-Kollektion in praktischer Archivschachtel zu Mk. 1.50 und 3.—

Fabrik Stolzenberg, Oos (Baden) und deren Ladengeschäfte in:

Berlin W., Charlottenstr. 23, **Hamburg,** Gr. Burstah 51, **Frankfurt a. M.,** Kaiserstr. 60.

I. Etage

Leipziger Strasse 51

Ecke Kommandantenstr., am Dönhoffplatz.

Für Geschäfte, Bureaux etc.

Grosser Laden

Leipziger Strasse 51

neu ausgebaut,

Thür u. grosses Schaufenster modern mit Messingbeschlag, zwischen **Dönhoffplatz** und **Spittelmarkt.**

Suche für **alle** grösseren Städte **Deutschlands** tüchtige **Vertreter** für den

Allein-Engros-Verkauf

eines äußerst practischen, concl. Patentartikels; einige 100 Mark sind nöthig.

F. R. Reinisch, Zittau i. Sa.

Electricitätsgesellschaft zahlt

für Zuweisung in die Electricitätsbranche fallender Geschäfte aller Art, wie Lieferung von elektrischen Licht- und Kraftanlagen, Accumulatoren etc. **hohe Provisionen.** Offert. unt. **J.W.7026** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Scherings Malzextrakt

ist ein ausgezeichnetes Hausmittel zur Kräftigung für **Kranke** und **Rekonvaleszenten** und bewährt sich vorzüglich als Kräftigung bei Reizzuständen der **Athmungsorgane,** bei **Katarrh, Keuchhusten** etc.

Malz-Extrakt mit Eisen mittels, welche bei Blutarmut (Bleichsucht) etc. verordnet werden. Fl. M. 1 u. 2.

Malz-Extrakt mit Kalk wird mit großem Erfolge gegen Abzehrung (sogenannte englische Krankheit) gegeben u. unterstützt wesentlich die **Knochenbildung** bei Kindern. Fl. M. 1.–

Schering's Grüne Apotheke, Berlin N., Chaussee-Straße 19.

Niederlagen in fast sämtlichen Apotheken und größeren Drogen-Handlungen.

Auferstehung,

Der Roman der Ehe. Meine Beichte, Die Verführung, Versuchung, Ueber den Sinn d. Lebens, Ein Schicksal,

sind eine raffinirte Zusammenstellung von Werken des ebenso berühmten als genialen Meisters

Graf Leo

Tolstoi.

Selbst der verwöhnteste Leser wird mit diesen **hochinteressanten** 7 neuen Werken zufrieden sein. Solange der Vorrat reicht, sende diese grossartige Collection zu dem aussergewöhnlich billigen Preis von

nur **5,50 Mark**

per Nachnahme oder Voreinsendung. **Auferstehung** allein 688 Seiten stark, statt 3 Mark Ladenpreis, für nur 2,00 Mark.

Zola 6 ber. Romane, äusserst pikant, zusammen 5 Mk.

Bestellungen erbitte sofort

E. Rosenthal, Berlin S. 24. Moritzstr. 7.

Reisende

der Manufacturwaaren- oder verwandten Branche erwerben sich **hohen Nebenverdienst** durch Unterbringung von Kleiderstoff-Collectionen bei Schneiderinnen und Wiederverkäufern. Angebote nebst Zeugnissabschriften, sowie Angabe der bisherigen und jetzigen Thätigkeit befördert d. **Exped. d. Blatt.** unter **C. R. 656.**

Das gutgehende

Versandt- und Fabrikationsgeschäft

der Stahlwaarenbranche der Firma

Paul A. Henkels zu Solingen

ist mit dem gesammten Waarenbestande u. dem Inventar sofort

en bloc zu verkaufen,

eventuell unter Uebernahme der bisherigen Firma und des Geschäftshauses.

Nähere Auskunft ertheilt der Konkursverwalter

Minkenberg, Rechtsanwalt, **Solingen.**

Magerkeit

ist das grösste Hinderniss der Schönheit. **Vollendet schöne Formen,** volle Büste, prächtige Körperfülle durch „Lenclos Kraftpillen“ (ges. gesch.). Natürlicher Nährstoff, der Gesundheit wohlthätig. Goldene Medaille Ostende 1901. Garantirt völlig unschädlich. Sicherster Erfolg. Dose M. 4,50 bis. nur allein durch

Otto Reichel Berlin SO. 36, Eisenbahnstr. 4.

Vertretung

der

Colonialwarenbranche gesucht

für Karlsruhe von branchekundigem und mit der Kundschaft bekanntem, erfahrenem Kaufmann. Offerten unter **F. K. 4041** an **Rudolf Mosse, Karlsruhe** erbeten.

Vertreter gesucht.

Plastische Aushängereclame, wirks. Reclame f. Cig.- u. Colonialw.s Hdl. 2c. Dresden N., Fritz Reuterstr. 12. **H. Greissinger,** Metallwaarenfab.

Erfindungen

(auch noch nicht geschützte) werd. in vortheilh. Weise verwerth. ev. financirt. **Neuheiten-Markt, Berlin,** Leipzigerstr. 59.

Kattwerk-Vertretung von gut empfohlenem Berliner Geschäftsmann **gesucht.** Offerten unter **V. P. 3895** an das **Berliner Tageblatt, Königstraße 56** erbeten.

Export-Haus

sucht einige Verbindungen m. Firmen der Textil- u. verwandt. Branchen zwecks Accept- Austausch oder Theildiskonts. Gefl. Off. unt. **L. D. 545** an **Rudolf Mosse, Hamburg** erb.

Bielefeld

Hôtel zu den 3 Kronen,

Besitzer: **Adolf Strunck.**

Erstes Haus am Platze.

Electr. Licht. Centralheizg. Lift.

Winter-Aufenthalt

RAPALLO

bei Genua.

Grand Hôtel Savoya

südl. gelegen, mit schöner Aussicht auf das Meer.

Moderner Comfort. Lift. Bäder.

Gebrüder A. & L. Cuba.

Ebenfalls Eigenthümer der **Pension Rosa Bianca.**

Empfohlen!

Hotel Wettin

Dresden-A.

Gotha.

Hôtel Deutscher Hof

Einziges Hotel im Mittelpunkt der Stadt mit **Centralheizung.**

G. Schneider, Besitzer.

Dr. Weiler's Kuranstalten

Westend bei Berlin

1. Haus für **Gemüthskranke,** Nussbaumallee 38,

2. Haus für **Nervenkranke** Ulmenallee 37.

Gr. Comfort, Centralheizung. 4 Morg. gr. Park. *Fernsp. Charlottenburg 606.*

Gardinenhaus Bernhard Schwarz

Original

Jewett

beste und werthvollste amerikanische

Schnell-Schreibmaschine

Volltastatur u. viele bew. Vorzüge in einem System.

Durch **D. R. P.** gesch.

Jewett Typewriter Co. m. b. H.

HAMBURG.

Kammermannswiete 3.

Avis: Alleinvertret. an all. gröss. Plätz., wo noch frei, zu verg.

Hôtel-Aufbauwohnung

PAUL SCHUR

BERLIN an der Stadtbahn 81–87 Kurfürstenstr. 146/47

MÖBEL-TRANSPORT

An der Jannowitzbrücke

Hallesches Ufer 34

Serila. Gewürzte **Bouillon** in conc. flüss. Form.

Aus Fleisch und Pflanzenextracten hergestellt.

Ein Theelöffel voll in einer Tasse mit heissem Wasser verrührt (nicht aufbrühen), giebt eine vorzüglich reinschmeckende, kräftige Bouillon und kostet kaum 4 Pf.

Zu allen Suppen und Gemüsen ist es ein kräftigender Zusatz, erspart Fleisch und Suppengrünz und erhöht den Geschmack in ungeahnter Weise. Jede Hausfrau wird bald von der Unentbehrlichkeit des „Serila“ überzeugt sein.

Probefläschchen in den besseren Geschäften der Lebensmittelbranche gratis zu haben. **General-Depot** für **Berlin: Ernst Fischer,** Gutmstr. 9; **Vertrieb für Wiederverkäufer: Schmidt & Henning,** vorm. Schwarze's Engros-Geschäft.

Ia. Torfstreu, deutsche und holländische, prompt und später liefernd, offerirt an Grossist n preiswerth.

Carl Schild, Magdeburg, Futter- u. Düngemittel-Agentur u. Commissions-Geschäft.

„Für Jedermann Etwas!“

Versende **gratis** auf Bestellung

Dalm, Vorlag, Charlottenburg 4.

Alle Sorten Stroh und **Ia. Futter-Heu**

liefert billigst

Josef Deutsch,

Exer—Bahnhof, Bohnen.

Preussische Staats-Lott.-Loose

L. Schimmelfennig.

Königlicher Lotterie-Einnehmer.

Wallstrasse 74/75.

Brillanten, Diamanten

sonstige **Edelsteine,** sowie **Perlen,** in sämmtlichen Fassungen, auch die neuesten Genres, einfach bis zu Prachtstücken. Mindestens **ein Drittel Ersparniß** für Käufer.

P. Wierts, Juwelenhandlung, rue de la Boëtie No. 99. **Paris.***

Goldene Medaille 1901.

Deutsche Fleischhalle A. Jacob

(Inhaber: Gustav Wilke)

Berlin SW., Friedrichstr. 55a. Tel. I. 1309.

Fabrik ff. Wurstwaaren

empfiehlt zur Dockaison die

beliebten Münchner Bockwürstchen

als **Specialität** nach **eigener Erfindung.**

Blut.

10 Pfund Blut-Apfelsinen . . . M.	2,20
10 „ Malta-Mandarinen „	2,70
60 „ Apfelsinen-Mandarin.,	13,50

franco gegen Nachnahme.

Giov. Spanghero, Triest. †

Die intensive geistige Inanspruchnahme und Unruhe in unserem heutigen Erwerbsleben bedingt bei vielen

HERREN

sehr häufig eine vorzeitige Abnahme der besten Kraft. Wo derartiges wahrgenommen oder befürchtet wird, säume man nicht, sich über die weltbekannte **Gassen'sche Erfindung** zu informiren, entweder durch seinen Arzt oder direkten Bezug meiner sehr instruktiven Broschüre mit südlich ertheilten **Gutachten** erster ärztlicher Autoritäten sowie mit gerichtlichem Urtheil und zahlreichen Klientenberichten. Preis Mk. **0,80** franco als Doppelbrief.

Paul Gassen, Cöln a. Rh., No. II.

Complete Kühlanlage

Compressor Nr. 4, Kohlensäure-System (Riedinger, Augsburg) mit Electromotor, 4 HP., gut erhalten, preiswerth zu verkaufen.

Dyckerhoff Actien-Brauerei u. Berghofe-Fabrik, Oppeln.*

Flügel und **Harmoniums** in eleg. Ausführung u. Prima Qualität, 15jähr. Garant. franco Sendung, auf Wunsch zur Probe, coulante Theilzahlung i. d. 1822 gegr. u. prämi. Fabrik v. **Friedrich Schultze, Besselstraße 10** u. **Stegligerstraße 55.***

Planinos

O diese Weiber!

30 Phot. Visitform. M. 1,20, Prfm. **H. Jörgensen, Berlin SW. 12 c.***

Ritterstr. 45 ist ein **großes Parterre-Lokal, 2 große Schaufenster, Muster, Büreau- und Lagerräume** pr. **1. April oder auch früher zu vermieth n.**

Winter & Sauer.

Steppdecken

billigst | **Fabrik** Oranien- **158** d. strasse

Katalog frank. **Emil Lefèvre** Berlin S.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Theilzahlung wöchentlich 1 Mark. — **Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.** — Plomben 1,50 M. Reparaturen sofort. Umarbeitg. schlecht sitz. Gebisse.

Zahnarzt Wolf, Leipziger Strasse 130.

(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9–7 Uhr. †

Cacao.

Für eine erstklassige Cacao-Marke gut eingeführte Vertreter an allen Plätzen gesucht. Off. u. **J. Z. 1255** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** erbeten. †

Für suchen für **Berlin** einen leistungsfähigen

Vertreter,

der den Vertrieb eines patentirten Gebrauchsartikels für Bureaux und Private gegen hohe Provision übernimmt. Offerten u. **O. A. 295** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin W. 8.***

Lohnender Nebenverdienst.

Geg. hoh. Provision werd. in sämmtlich. Großstädten Deutschlands Agenten f. d. Verkauf d. neuest. u. best. Fleckenreinigungsmittels d. Welt z. Einführen b. Schneidern gel. Adr. unt. **E. Q. 1034** Exped. d. Bl., Brunnenstr. 41.*

Vertreter,

in Waarenhäusern gut eingeführt, sucht noch einige Artikel zur Mitnahme, besucht regelmäßig alle größeren Plätze Deutschlands. Offerten unter **J. C. 1300** Exped. d. Bl., SW.

Vertreter

gesucht von sehr leistungsfähiger Berliner

Hosenfabrik.

Offerten unter **J. E. 5266** bef. d. **Exp. d. Bl.**

Erfahr. Kaufmann **sucht für Berlin Vertretungen** in der Nahrungsmittelbranche. Off. **G. D. 12** Postamt 13.

English Agent wishes to represent a German Manufacturer of fancy goods in England. Highest references given. J. Wolffe, 69 Portsdown Rd., Maida Vale, London W.

Vertretung

für Berlin u. Umgegend

sucht ein Kaufmann, langjähriger **Reisender,** mit den Platzverhältnissen Berlins vertraut, evtl. auch mit Commission Lager. Beste Referenzen, sowie Caution stehen zur Seite. Gefl. Offerten unt. **J. K. 1307** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Corset-Agentur gesucht. Ein energischer junger Mann mit guten Verbindungen unter Londoner Engros-Häusern wünscht deutsche Corset-Fabrikanten zu vertreten. Gegenseitige Referenzen. Off. erb.: **Z., care of Mears, Wardrobe Chambers, Queen Victoria Street, London E. C.**

New-Yorker Firma

sucht Neuheiten speciell in Metall Fancy Goods (unedem. Stil), Cuivre poli, Kupfer u. Bronze für eigene Rechnung. Inhaber jetzt in Deutschland. Off. u. **J. A. 7028** a. d. Exp. d. Ztg.

Portland-Cement.

Kaufmann, welcher jährlich 250 bis 300 Waggons im Berliner Gebiet unterbringt, sucht mit leistungsfähiger Fabrik Verbindung. Offerten unter **J. L. 1308** Exped. d. Bl., SW.

Erfurt, am Anger,

allerbeste Geschäftslage, in meinem Neubau

größerer Laden

(ca. 120 □m Bodenfläche) nebst entsprechendem Souterrain sofort zu vermiethen

F. Unger, Erfurt. §

---

8 bis 10 Mark täglich

können redegewandte Herren beim Verkauf eines neu patentirten Artikels verdienen. Kein Hausirartikel. Anfragen unt. **J. A. 38565** befördert **D. Frenz** in **Mainz.**

Mechanische leistungsfähige Kleiderfabrik im Rheinland wünscht für nur größere Continuenten bei Einfendung der Stoffe in Lohn zu confectioniren.

Anfragen unter **K. T. 6261** an **Rudolf Mosse, Köln.** †

D. R. P. 128,867

Spannrahmen zu verkaufen. **E. Franz, Dresden,** Louisenstr. 45.

Für eine sehr practische u. billige patentirte Vorrichtung z. Anmachen von Gardinen u. Fensterverhängen, v. jeder Hausfrau selbst anzumachen, wird e. Fabrik z. Ankauf des Patentes gesucht od. Betheiligung.

Offerten unter **H. E. 7942** an **Rudolf Mosse, Hamburg** erb.

Hoher Verdienst

für **Agenten, Provisionsreisende** 2c. in allen Industriegegenden durch Verkauf einer für die Exportindustrie ganz neuen, sehr nothwendigen Hilfsmaschine von überraschender Leistung. Muster, ca. 25 Ko. schwer, muß vorgeführt werden, alsdann Verkauf sehr leicht. Offerten unter **L. 145** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Breslau.**

Champagner Meunier & Co.

Châtel S. Germain.

In Deutschland auf Flaschen gefüllt in unserer Filiale Hachenei a. M.

Export nach Belgien!

Offerten

erbeten in allen Producten d. edlen prima Hanfe.

Georges Mombel,

33 Rue St. Lazare, Brüssel.*